

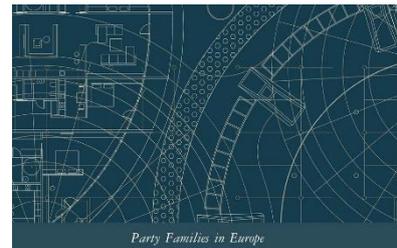


## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

### Caroline Close / Emilie Van Haute (Hrsg.): *Liberal Parties in Europe*.

London: Routledge, 2019, 412 S., ISBN: 978-0-8153-7238-7

An die Ideale der Aufklärung anknüpfend und sich ursprünglich gegen die überkommene Vormachtstellung von Adel und Klerus auflehnd, weist der Liberalismus die am längsten zurückreichende Kontinuitätslinie unter den (modernen) politischen Großströmungen auf. Doch obwohl seine parteilichen Organisationen die Entwicklung zahlreicher demokratischer Verfassungsstaaten in Europa und nicht zuletzt der Europäischen Union entscheidend beeinflusst haben, fristet deren wissenschaftliche Analyse – zumal in komparatistischer Perspektive – ein relatives Schattendasein. Während die liberale Parteienforschung zumindest bei (deutschen) Historikern einige Hochphasen durchlaufen hat – exemplarisch sei hier auf die vielfältigen Beiträge im Kontext der international vergleichend angelegten Großprojekte zur Bürgertumsgeschichte in Bielefeld und Frankfurt am Main während der 1980er- und 1990er-Jahre verwiesen<sup>1</sup> –, gilt dieser Befund nach wie vor für das politikwissenschaftliche Forschungsinteresse. Abgesehen von zwei vergleichsweise schmalen und wenig rezipierten Tagungsdokumentationen<sup>2</sup> bildet so noch immer ein 1988 unter der Herausgeberschaft von Emil J. Kirchner erschienener Sammelband<sup>3</sup> das Referenzwerk für die vergleichende Analyse liberaler Parteien in (West-)Europa.



### **LIBERAL PARTIES IN EUROPE**

Edited by  
Caroline Close and Emilie van Haute



Die hier zu besprechende Publikation, welche von den am Center for the Study of Politics der Université Libre de Bruxelles tätigen Parteienforscherinnen, Caroline Close und Emilie Van Haute, in der Reihe „Party Families in Europe“ im Routledge-Verlag herausgegeben worden ist, schickt sich an, die in den zurückliegenden drei Jahrzehnten entstandene Forschungslücke zu schließen und zugleich den Untersuchungsraum auf die Staaten des vormaligen sowjetischen Einflussbereichs auszuweiten. Sich vorrangig an Forschende bzw. Studierende im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft richtend, geht der Band dabei – wie der Einleitung (S. 1–19) zu entnehmen ist – zwei Leitfragen nach: (1) Bilden liberale Parteien überhaupt eine gemeinsame Parteienfamilie? (2) Wie lassen sich liberale Parteien heutzutage charakterisieren? (vgl. S. 2). Dieses übergeordnete Erkenntnisinteresse wird mithilfe des in der komparatistischen Parteienforschung häufig angewendeten Konzepts der Parteienfamilie bearbeitet, das gemäß den durch die Herausgeberinnen vorangestellten methodischen Überlegungen jedoch mehrere Adaptionen erfahren hat. Demnach dienen neben der im genannten Kontext weithin gebräuchlichen Untersuchung von Genealogie, Sozialstruktur und Programmatik auch die in die Typo-

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die Literaturberichte in Lothar Gall (Hrsg.): *Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert*. München 1997.

<sup>2</sup> Lieven De Winter (Hrsg.): *Liberalism and Liberal Parties in the European Union*. Barcelona 2000; Pascal Delwit (Hrsg.): *Liberalismes et partis libéraux en Europe*. Brüssel 2002.

<sup>3</sup> Emil J. Kirchner (Hrsg.): *Liberal Parties in Western Europe*. Cambridge 1988.

logien vergleichbarer Überblickswerke oftmals aufgenommenen Betrachtungen zu Wahlergebnissen, Regierungsbeteiligungen und Organisationsstrukturen als Analyse- bzw. Vergleichskategorien (vgl. S. 5 ff.). Unter diesem Forschungsprogramm versammelt die vorliegende Veröffentlichung insgesamt 18 Beiträge in zwei thematisch getrennten Blöcken, für deren Abfassung nach Bekunden der Publikationsverantwortlichen „the best specialists engaged in the study of liberal parties“ (S. 17) gewonnen werden konnten.

Der erste Teil (S. 21–278) des Sammelwerks umfasst Fallstudien zu zwanzig Staaten aus sämtlichen Regionen des europäischen Kontinents, in denen wesentliche Informationen zu den einzelnen liberalen Parteien auf nationaler Ebene entlang der oben beschriebenen Kriterien zusammengetragen worden sind. Bei den betreffenden Beiträgen handelt es sich größtenteils um eigenständige Länderanalysen – Dänemark (K. Kosiara-Pedersen), Schweden (N. Bolin), Niederlande (G. Voerman), Belgien (V. Sierens), Schweiz (O. Mazzoleni), Österreich (L. Ennsner-Jedenastik u. A. Bodlos), Deutschland (S. Bukow), Vereinigtes Königreich (A. Wager u. T. Bale), Irland (C. Little u. D. Farrell) und Spanien (L. Núñez) –, im Falle von Norwegen und Finnland (D. Arter), (Ost-)Mittel- und Osteuropa (B. Cholova u. J. De Waele) sowie des Baltikums (D. Auers) werden mehrere Staaten gemeinsam beleuchtet. Darüber hinaus ist auch ein Kapitel zur liberalen Partei auf europäischer Ebene (W. Wolfs u. S. Van Hecke) enthalten. Positiv herausstellen lässt sich in diesem Zusammenhang gewiss, dass gegenüber den eingangs angesprochenen früheren Publikationen der geografische Gegenstandsbereich erheblich erweitert worden ist und nunmehr auch die jüngeren Demokratien östlich des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ – wenngleich in Form von summarischen Beiträgen – Eingang in die Betrachtungen gefunden haben. Ferner folgen alle Kapitel einer einheitlichen Struktur, wodurch sich der Band insbesondere auch als Nachschlagewerk zur schnellen Informationsbeschaffung eignet. Inwiefern indes die verantwortlich zeichnenden Autoren in Summe tatsächlich als ausgewiesene Experten auf dem Feld der Liberalismusforschung bezeichnet werden können, erscheint allerdings diskussionswürdig. Zwar mag es sich im Einzelfall durchaus um vorzügliche Kenner der länderspezifischen Parteiensysteme handeln, jedoch zeigt der Blick auf die den Beiträgen jeweils angefügten Literaturverzeichnisse, dass lediglich eine Minderzahl bereits zuvor selbstständige Veröffentlichungen zu den besprochenen nationalen liberalen Parteien vorgelegt hat.

Diese implizite Kritik nimmt auch die Auswahl des Verfassers des Kapitels zur deutschen FDP (S. 146–165), Sebastian Bukow, nicht aus, bei dem man angesichts seiner beruflichen Anbindung an die Heinrich-Böll-Stiftung doch eher Expertise hinsichtlich der grünen Parteienfamilie vermuten würde.<sup>4</sup> Nichtsdestoweniger liefert sein Beitrag solide Informationen auf Grundlage der (politikwissenschaftlichen) Forschungsliteratur und einschlägiger Handbucheinträge, wenngleich die eine oder andere Einschätzung kritisch hinterfragt werden muss – etwa, dass die bereits im Mai 2009[!] beschlossene Einsetzung einer Grundsatzprogrammkommission eine Reaktion auf die sinkenden Umfragewerte nach Eintritt in die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene im Oktober 2009 darstellte (vgl. S. 157). Abgesehen von derlei, sicherlich vernachlässigbaren Detailfragen lassen sich jedoch – nicht zuletzt aus Sicht der historischen Liberalismusforschung – einige grundlegende Unzulänglichkeiten ausmachen. Das betrifft einerseits das etwas disproportional anmutende Verhältnis von geschichtlicher Darstellung und Gegenwartsanalyse in den meisten Unterkapiteln, wodurch die freilich sehr unrühmliche aber dennoch vergleichsweise kurzlebige Regierungsbeteiligung von 2009 bis 2013 viele Verdienste aus den vorangegangenen sechzig Jahren Parteientwicklung nachgerade überstrahlt. Andererseits scheint der Beitrag reichlich vor seiner eigentlichen Veröffentlichung verfasst worden zu sein, so dass die wechselvollen Ereignisse infolge der Bundestagswahl 2017 leider keine Berücksichtigung mehr finden. Der strenge Gegenwartsfokus und die fehlende Aktualität sind zwar bedauerlich, aber vor dem Hintergrund von Herausgebervorgaben und Redaktionsschluss

---

<sup>4</sup> Vgl. Sebastian Bukow: The Green Party in Germany. In: Emilie Van Haute (Hrsg.): Green Parties in Europe. London 2016, S. 112–139.

durchaus nachvollziehbar. Weitaus gravierender ins Gewicht fällt hingegen das offenbar ausgebliebene Endlektorat, zumal bei einer Publikation in einem solch renommierten Verlag wie Routledge. „Geübten Augen“ wäre mit Sicherheit aufgefallen, dass die wohl nachträglich angepasste Passage in der Einleitung: „FDP [...] has revitalised its national party in the general elections in 2017“ (S. 146), nicht so recht mit der Prognose im Schlussteil: „Reentering the federal parliament in autumn 2017 is a likely possibility“ (S. 162), zusammenpasst. Solche Flüchtigkeitsfehler, von denen sich noch weitere aufzählen ließen, führen womöglich nicht nur beim gegenstandskundigen Leser zu allerlei Irritationen. Indessen mag ein Urteil über die fachliche bzw. handwerkliche Qualität der übrigen Kapitel im Fallstudienteil mit Blick auf die thematische Breite des behandelten Stoffes an dieser Stelle lieber den jeweiligen Länderexperten überlassen bleiben.

Im zweiten Block (S. 279–376) des Sammelbands finden sich Vergleichsstudien zu den eingangs skizzierten Aspekten der liberalen Parteienfamilie in Europa. Die einzelnen Beiträge zu Wahlergebnissen und Wählerschaft (C. Close u. P. Delwitt), zu den Regierungsbeteiligungen (J. Hellström u. D. Walther), zur Ideologie (C. Close) und zu den Organisationsstrukturen (S. Beyens, E. Van Haute u. T. Verthé) sind dabei als Sekundär- bzw. Metaanalysen konzipiert und greifen dementsprechend auf bereits erhobenes Datenmaterial sowie veröffentlichte Untersuchungen zurück. Zwar mögen die darin präsentierten Einsichten dem belesenen Liberalismusforscher nicht gänzlich neu erscheinen, aufgrund ihrer komprimierten Zusammenstellung an einem zentralen Ort stellen sie aber zweifelsohne eine positiv hervorzuhebende Besonderheit dar. Dazu gehört etwa der Befund, dass sich der parteipolitische Liberalismus im europäischen Kontext einerseits durch eine hohe Volatilität der Wahlergebnisse – von traditionell hegemonialen Parteien wie in der Schweiz (vgl. S. 282 ff.) bis hin zu lange Zeit irrelevanten politischen Gruppierungen wie in Spanien (vgl. S. 294) – und andererseits durch eine schwer zu bestimmende, äußerst vielschichtige Zusammensetzung seiner Wählerschaft – mit tendenzieller Überrepräsentation von Selbstständigen und höher Gebildeten (vgl. S. 303 ff.) – auszeichne. Die interessante Beobachtung, dass „liberal parties have a disproportionate success in entering governments despite their relatively small share of the parliamentary seats“ (S. 315), wird indes vor allem auf die für liberale Akteure weithin eigentümliche zentristische ideologische Position sowie den ihnen oft zugeschriebenen Pragmatismus im Umgang mit konkurrierenden Parteien auf beiden Seiten des politischen Spektrums zurückgeführt (vgl. S. 321). Ferner lasse sich in Bezug auf die Ideologie der liberalen Parteienfamilie eine spezifische Kombination von rechten Positionierungen in sozioökonomischen Fragen – Marktwirtschaft, niedrige Steuern etc. – und Mitte-Links-Präferenzen bei soziokulturellen Themen – z. B. Sterbehilfe, gleichgeschlechtliche Ehe, Multikulturalismus – attestieren (vgl. S. 335 ff.), welche ihre politischen Vertreter besonders gut dazu befähige, immer wieder adäquate programmatische Antworten auf neue gesellschaftliche Problemstellungen zu finden (vgl. S. 345). Was schließlich die Organisation der liberalen Parteien betrifft, gebe es allenfalls graduelle Unterschiede zu den anderen Parteienfamilien, wie beispielweise weniger zentralisierte und eher losere Strukturen, ein niedrigeres aber stabileres Mitgliederniveau, das oftmalige Fehlen von besonderen Repräsentationsgarantien für innerparteiliche Interessengruppen oder ein relativ starkes Gewicht der parlamentarischen Fraktionen bei der Entscheidungsfindung (vgl. S. 361 f.).

In Anbetracht der hier vorgelegten Eindrücke sollte es nicht sonderlich überraschen, dass das abschließende Fazit ambivalent ausfällt. Es ist zweifellos ein nicht gering zu schätzendes Verdienst der Herausgeberinnen, nach über dreißig Jahren wieder eine systematisch-vergleichende und weitgehend aktuelle Analyse zu den liberalen Parteien in Europa in der lingua franca der Geistes- und Sozialwissenschaften auf den Weg gebracht und damit eine beklagenswerte Lücke in der Forschungsliteratur geschlossen zu haben. Dass ein solches Überblickswerk grundlegend neue Erkenntnisse bereithält, kann und sollte man nicht erwarten. Allerdings möge schon für die inhaltliche Richtigkeit der enthaltenen Angaben Sorge getragen sein, was mit Blick auf das diskutierte Kapitel zur deutschen FDP leider nicht zwangs-

läufig der Fall ist. Insofern muss dazu angeraten werden, entnommene Informationen sicherheitshalber noch einmal an anderer Stelle gegenzuprüfen. Gleichwohl bleibt zu hoffen, dass von dem Sammelband neue Impulse für die Liberalismusforschung – gerade auch in international komparatistischer Perspektive – ausgehen. Darüber hinaus wäre es natürlich wünschenswert, wenn nicht wieder drei Jahrzehnte verstreichen, bis ein derartiges Handbuch zur liberalen Parteienfamilie erscheint.

Dresden

Alexander Koch



**ARCHIV DES  
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung  
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net